

Stand: 24.06.2026 02:39:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11549

"Abschiebungen aus Einrichtungen des Gesundheitssystems I"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11549 vom 18.05.2026



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Gülseren Demirel, Andreas Hanna-Krahl**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 27.03.2026

Abschiebungen aus Einrichtungen des Gesundheitssystems I

Der 129. Deutsche Ärztetag hat 2025 die zuständigen Behörden aufgefordert, wegen der Gefährdung des Gesundheitszustandes Betroffener „in allen Bundesländern die Abschiebung Geflüchteter aus stationären und weiteren medizinischen Einrichtungen für unzulässig zu erklären“. Der Beschluss betont dabei, dass die Unzulässigkeitsregelungen „grundsätzlich auch auf andere medizinische Einrichtungen auszudehnen [sind]“ und nennt die „Erweiterung um sensible Bereiche wie Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen und andere medizinische Einrichtungen“ sowie Einrichtungen „z. B. in der ambulanten Versorgung oder dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD)“ (www.bundesaerztekammer.de¹).

Zur Begründung heißt es: „Abschiebungen aus stationärer Behandlung sind ein schwerer Eingriff in eine medizinische Behandlung. Sie können den Gesundheitszustand der betroffenen Person massiv und auch langfristig verschlechtern und so schwerwiegende Folgen haben. Für die Betroffenen stellt eine Abschiebung aus dem Krankenhaus eine massive Belastung dar und verunsichert Mitpatientinnen und Mitpatienten stark. Dies gilt in gleicher Weise für andere medizinische Einrichtungen, z. B. in der ambulanten Versorgung oder dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD).“

Diese Einschätzung wird von zahlreichen weiteren Expertinnen und Experten geteilt, etwa von der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. (www.baff-zentren.org²), dem Deutschen Institut für Menschenrechte (www.institut-fuer-menschenrechte.de³) und der beim Bundesministerium der Justiz angesiedelten Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter (www.nationale-stelle.de⁴).

Einige Bundesländer wie Thüringen, Bremen, Rheinland-Pfalz, Brandenburg und Schleswig-Holstein haben seit 2017 über konkretisierende Anweisungen wie Rund-erlasse oder Erlasse Abschiebungen aus stationärer Behandlung aus diesen Gründen grundsätzlich für unzulässig erklärt oder stark eingeschränkt. In Bremen gilt zudem eine Erweiterung um sensible Bereiche wie Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen und andere

- 1 https://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/BAEK/Aerztetag/129.DAET/2025-07-02_Beschlussprotokoll_129_DAET.pdf
- 2 <https://www.baff-zentren.org/themen/recht/aktuelles-recht/abschiebung-ausdem-krankenhaus-rechtliche-und-klinische-einordnung/>
- 3 https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Abschiebung_trotz_Krankheit.pdf
- 4 https://www.nationale-stelle.de/fileadmin/dateiablage/Dokumente/Berichte/Jahresberichte/NSzVvF_Jahresbericht_2024-DE.pdf

medizinische Einrichtungen. In Thüringen wurde sie auf ausreisepflichtige Personen mit nahen Angehörigen in stationärer Behandlung ausgeweitet.

Über Anzahl und Merkmale von Abschiebungen aus Gesundheitseinrichtungen gibt es bisher keine offiziellen Angaben, weder auf Bundes- noch auf Landesebene. Die Bundesregierung hat auf BT-Drs. 21/3727 erklärt, dass entsprechende Informationen in den Zuständigkeitsbereich der Bundesländer fallen würden und sie hierzu keine Angaben machen könne.

Die Staatsregierung wird gefragt:

- | | | |
|-----|--|---|
| 1.1 | Wie viele Abschiebungen bzw. Dublin-Überstellungen von ausreisepflichtigen Personen wurden in den Jahren 2021 bis 2025 aus stationären (einschließlich der forensischen Psychiatrie), teilstationären, ambulanten oder anderen medizinischen Einrichtungen sowie aus Pflegeeinrichtungen oder Räumen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes nach Kenntnis der Staatsregierung in Bayern durchgeführt bzw. abgebrochen (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Einrichtungstyp, ggf. Station, Zielland der Maßnahme sowie Nationalität, Geschlecht und Alter der betroffenen Person)? | 5 |
| 1.2 | In wie vielen dieser Fälle wurden im Vorfeld Untersuchungen auf Reisefähigkeit vorgenommen? | 5 |
| 1.3 | In wie vielen Fällen erfolgte dies durch amtlich beauftragte Fachärztinnen bzw. -ärzte für das spezielle Krankheitsbild (bitte aufschlüsseln nach Jahren sowie nach Nationalität, Geschlecht und Alter der betroffenen Person)? | 5 |
| 2.1 | Wie oft befanden sich Menschen dabei auf einer geschlossenen/geschützten Station (bitte aufschlüsseln nach Jahren und Einrichtungstyp)? | 5 |
| 2.2 | In wie vielen Fällen wurde bei der Abschiebung psychisch oder physisch erkrankter Patienten bei der Abschiebung aus Gesundheitseinrichtungen physische Gewalt durch Sicherheitskräfte (Zwangsmedikation, Hand- und Fußfesseln) angewandt (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Einrichtungstyp, Nationalität, Geschlecht und Alter)? | 5 |
| 2.3 | Welche Auffassung vertritt die Staatsregierung zu der Frage, ob bzw. inwiefern Abschiebungen bzw. Überstellungen aus stationären (einschließlich der forensischen Psychiatrie), teilstationären, ambulanten oder anderen medizinischen Einrichtungen sowie aus Pflegeeinrichtungen oder Räumen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes heraus rechtlich zulässig bzw. medizinethisch verantwortbar (bitte differenzieren) sind (bitte begründen), auch vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung auf BT-Drs. 18/9603 zu Frage 19 erklärte, dass eine stationäre Behandlung in einem Krankenhaus ein Anhaltspunkt für eine lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung, die sich durch eine Abschiebung wesentlich verschlechtern würde, sein kann? | 6 |
| 3.1 | Wie bewertet die Staatsregierung die in der Vorbemerkung genannten Regelungen verschiedener Bundesländer zur (Un-)Zulässigkeit von Abschiebungen aus stationärer Behandlung, Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen und anderen medizinische Einrichtungen? | 6 |

-
- 3.2 Wird die Staatsregierung Schritte unternehmen, um eine (Un-)Zulässigkeitsregelung auf Landesebene zu erlassen (wenn nein, bitte begründen)? 6
- 3.3 In welchem Umfang (bitte die genaue Fallkonstellationen benennen) sind die zuständigen Behörden nach Auffassung der Staatsregierung im Rahmen ihrer Amtsermittlungs-, Fürsorge- und Aufklärungspflicht zur Prüfung/Feststellung eines gesundheitlichen Abschiebehindernisses verpflichtet? 6
- 4.1 Was gilt diesbezüglich insbesondere für Abschiebungen/Überstellungen aus medizinischen Einrichtungen (bitte so genau wie möglich ausführen)? 6
- 4.2 In welchem Umfang geschieht dies nach Kenntnis der Staatsregierung in der Praxis (bitte ausführen)? 6
- 4.3 Über welche eigenen (fach)ärztlichen, psychiatrischen oder psychologischen Kompetenzen und/oder Kapazitäten verfügen die zuständigen Behörden hinsichtlich der Prüfung/Feststellung gesundheitlicher Abschiebungshindernisse bei Abschiebungen/Überstellungen (bitte ausführen)? 6
- 5.1 In welchem Umfang (bitte die Kriterien und die Fallkonstellationen benennen) greifen die Behörden dabei auf externen medizinischen und/oder psychologischen/psychotherapeutischen Sachverstand zurück (etwa durch die Beauftragung entsprechender Gutachten/Stellungnahmen/Reisefähigkeitsprüfungen usw.; bitte so genau wie möglich ausführen)? 6
- 5.2 Wie stellen die zuständigen Behörden sicher, dass abgeschobene Personen mit einem behandlungsbedürftigen Krankheitsbild (physische oder psychische Erkrankung) im Zielstaat die benötigte lückenlose medizinische (medikamentöse, psychotherapeutische) Versorgung erhalten? 7
- 5.3 Wie wird vorab festgestellt bzw. festgelegt, in welchem Umfang und für welche Zeiträume eine solche Behandlung im Zielstaat sichergestellt werden muss (bitte ausführen)? 7
- 6.1 Mit welchen Maßnahmen und Verfahren stellen Behörden bei Abschiebungen/Überstellungen sicher, dass die aufenthaltsbeendende Maßnahme selbst den Gesundheitszustand der abgeschobenen Person nicht nachhaltig erheblich verschlechtert (bitte ausführen)? 7
- 6.2 In welchem Umfang und auf welche Weise wird nach Kenntnis der Staatsregierung erhoben, inwiefern sich gesundheitsbedingte Gefahren nach einer Abschiebung/Überstellung realisiert haben oder nicht (bitte ausführen)? 7

6.3	Welche zentralen Rechtsprechungsvorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) sind nach Auffassung der Staatsregierung bei Abschiebungen von (psychisch) kranken Menschen zu beachten, insbesondere in Bezug auf entsprechende Amtsermittlungs- und Aufklärungspflichten staatlicher Behörden (etwa auch zur Einholung medizinischer/psychologischer/psychiatrischer/gutachterlicher Stellungnahmen)?	7
7.1	Inwiefern sind die strengen Anforderungen und Ausschlussregelungen des Aufenthaltsrechts, insbesondere § 60a Abs. 2c und d sowie § 60 Abs. 7 Aufenthaltsgesetz (AufenthG; etwa, dass die gesetzliche Vermutung, dass keine gesundheitlichen Abschiebungshindernisse vorliegen, nur durch Vorlage einer qualifizierten ärztlichen Bescheinigung eine approbierten Arztes entkräftet werden kann), nach Ansicht der Staatsregierung mit diesen Rechtsprechungsvorgaben vereinbar?	7
7.2	Welchen Rechtsänderungsbedarf sieht die Staatsregierung diesbezüglich gegebenenfalls (bitte so ausführlich wie möglich darlegen)?	7
7.3	Welche Rechtsprechungsvorgaben des BVerfG, des EuGH, des EGMR und der Verwaltungsgerichtsbarkeit müssen Ausländerbehörden, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Polizei bei der Anwendung der gesetzlichen Regelungen nach § 60a Abs. 2c und 2d sowie § 60 Abs. 7 AufenthG zwingend beachten, um eine verfassungs- und menschenrechtskonforme Anwendung dieser Vorschriften im Umgang mit (psychisch) kranken Menschen bei Abschiebungen und Überstellungen in der Praxis sicherzustellen (bitte ausführen)?	7
8.1	Gibt es nach Kenntnis der Staatsregierung Gerichtsentscheidungen, die der Begründung zur Einführung des § 60a Abs. 2c AufenthG entgegenstehen, wonach gutachterliche Stellungnahmen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten bei Abschiebungen grundsätzlich nicht zu beachten seien (vgl. BT-Drs. 18/7538, Begründung zu Art. 2 Nr. 2)?	8
8.2	Wie ist nach Kenntnis der Staatsregierung die diesbezügliche Praxis der Ausländerbehörden, sprich: werden gutachterliche Stellungnahmen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten bei Abschiebungen/Überstellungen beachtet oder nicht (bitte auch die Auffassung der Staatsregierung ausführlich darlegen)?	8
8.3	Wie sollte nach Auffassung der Staatsregierung mit nicht „unverzüglich“ vorgelegten ärztlichen Bescheinigungen umgegangen werden (vgl. § 60 Abs. 2d AufenthG; in der Begründung hierzu heißt es zur Pflicht der unverzüglichen Vorlage: „Tut er dies nicht, kann sich der Ausländer später grundsätzlich nicht auf die bescheinigte Erkrankung berufen.“) oder bei nicht unmittelbar nach Erhalt der Abschiebungsandrohung vorgelegten ärztlichen Bescheinigungen zu im Herkunftsland erlittenen traumatisierenden Erfahrungen (vgl. ebenso die Begründung zu § 60 Abs. 2d AufenthG)?	8
	Hinweise des Landtagsamts	10

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration
vom 14.04.2026

- 1.1 **Wie viele Abschiebungen bzw. Dublin-Überstellungen von ausreisepflichtigen Personen wurden in den Jahren 2021 bis 2025 aus stationären (einschließlich der forensischen Psychiatrie), teilstationären, ambulanten oder anderen medizinischen Einrichtungen sowie aus Pflegeeinrichtungen oder Räumen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes nach Kenntnis der Staatsregierung in Bayern durchgeführt bzw. abgebrochen (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Einrichtungstyp, ggf. Station, Zielland der Maßnahme sowie Nationalität, Geschlecht und Alter der betroffenen Person)?**
- 1.2 **In wie vielen dieser Fälle wurden im Vorfeld Untersuchungen auf Reisefähigkeit vorgenommen?**
- 1.3 **In wie vielen Fällen erfolgte dies durch amtlich beauftragte Fachärztinnen bzw. -ärzte für das spezielle Krankheitsbild (bitte aufschlüsseln nach Jahren sowie nach Nationalität, Geschlecht und Alter der betroffenen Person)?**
- 2.1 **Wie oft befanden sich Menschen dabei auf einer geschlossenen/geschützten Station (bitte aufschlüsseln nach Jahren und Einrichtungstyp)?**
- 2.2 **In wie vielen Fällen wurde bei der Abschiebung psychisch oder physisch erkrankter Patienten bei der Abschiebung aus Gesundheitseinrichtungen physische Gewalt durch Sicherheitskräfte (Zwangsmedikation, Hand- und Fußfesseln) angewandt (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Einrichtungstyp, Nationalität, Geschlecht und Alter)?**

Die Fragen 1.1 bis 2.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Generell wird in jedem Fall vor der Durchführung einer Rückführung die Reisefähigkeit der betroffenen Person überprüft.

Die im Übrigen abgefragten Informationen werden statistisch nicht erfasst und können auch unter Berücksichtigung der Bedeutung des sich aus Art. 13 Abs. 2, Art. 16a Abs. 1 und 2 Satz 1 Bayerische Verfassung ergebenden parlamentarischen Fragerechts nur mit einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand erhoben werden.

-
- 2.3 Welche Auffassung vertritt die Staatsregierung zu der Frage, ob bzw. inwiefern Abschiebungen bzw. Überstellungen aus stationären (einschließlich der forensischen Psychiatrie), teilstationären, ambulanten oder anderen medizinischen Einrichtungen sowie aus Pflegeeinrichtungen oder Räumen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes heraus rechtlich zulässig bzw. medizinethisch verantwortbar (bitte differenzieren) sind (bitte begründen), auch vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung auf BT-Drs. 18/9603 zu Frage 19 erklärte, dass eine stationäre Behandlung in einem Krankenhaus ein Anhaltspunkt für eine lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung, die sich durch eine Abschiebung wesentlich verschlechtern würde, sein kann?**
- 3.1 Wie bewertet die Staatsregierung die in der Vorbemerkung genannten Regelungen verschiedener Bundesländer zur (Un-)Zulässigkeit von Abschiebungen aus stationärer Behandlung, Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen und anderen medizinische Einrichtungen?**
- 3.2 Wird die Staatsregierung Schritte unternehmen, um eine (Un-)Zulässigkeitsregelung auf Landesebene zu erlassen (wenn nein, bitte begründen)?**
- 3.3 In welchem Umfang (bitte die genaue Fallkonstellationen benennen) sind die zuständigen Behörden nach Auffassung der Staatsregierung im Rahmen ihrer Amtsermittlungs-, Fürsorge- und Aufklärungspflicht zur Prüfung/Feststellung eines gesundheitlichen Abschiebehindernisses verpflichtet?**
- 4.1 Was gilt diesbezüglich insbesondere für Abschiebungen/Überstellungen aus medizinischen Einrichtungen (bitte so genau wie möglich ausführen)?**
- 4.2 In welchem Umfang geschieht dies nach Kenntnis der Staatsregierung in der Praxis (bitte ausführen)?**
- 4.3 Über welche eigenen (fach)ärztlichen, psychiatrischen oder psychologischen Kompetenzen und/oder Kapazitäten verfügen die zuständigen Behörden hinsichtlich der Prüfung/Feststellung gesundheitlicher Abschiebungshindernisse bei Abschiebungen/Überstellungen (bitte ausführen)?**
- 5.1 In welchem Umfang (bitte die Kriterien und die Fallkonstellationen benennen) greifen die Behörden dabei auf externen medizinischen und/oder psychologischen/psychotherapeutischen Sachverstand zurück (etwa durch die Beauftragung entsprechender Gutachten/Stellungnahmen/Reisefähigkeitsprüfungen usw.; bitte so genau wie möglich ausführen)?**

-
- 5.2 Wie stellen die zuständigen Behörden sicher, dass abgeschobene Personen mit einem behandlungsbedürftigen Krankheitsbild (physische oder psychische Erkrankung) im Zielstaat die benötigte lückenlose medizinische (medikamentöse, psychotherapeutische) Versorgung erhalten?
- 5.3 Wie wird vorab festgestellt bzw. festgelegt, in welchem Umfang und für welche Zeiträume eine solche Behandlung im Zielstaat sichergestellt werden muss (bitte ausführen)?
- 6.1 Mit welchen Maßnahmen und Verfahren stellen Behörden bei Abschiebungen/Überstellungen sicher, dass die aufenthaltsbeendende Maßnahme selbst den Gesundheitszustand der abgeschobenen Person nicht nachhaltig erheblich verschlechtert (bitte ausführen)?
- 6.2 In welchem Umfang und auf welche Weise wird nach Kenntnis der Staatsregierung erhoben, inwiefern sich gesundheitsbedingte Gefahren nach einer Abschiebung/Überstellung realisiert haben oder nicht (bitte ausführen)?
- 6.3 Welche zentralen Rechtsprechungsvorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) sind nach Auffassung der Staatsregierung bei Abschiebungen von (psychisch) kranken Menschen zu beachten, insbesondere in Bezug auf entsprechende Amtsermittlungs- und Aufklärungspflichten staatlicher Behörden (etwa auch zur Einholung medizinischer/psychologischer/psychiatrischer/gutachterlicher Stellungnahmen)?
- 7.1 Inwiefern sind die strengen Anforderungen und Ausschlussregelungen des Aufenthaltsrechts, insbesondere § 60a Abs. 2c und d sowie § 60 Abs. 7 Aufenthaltsgesetz (AufenthG; etwa, dass die gesetzliche Vermutung, dass keine gesundheitlichen Abschiebungshindernisse vorliegen, nur durch Vorlage einer qualifizierten ärztlichen Bescheinigung eines approbierten Arztes entkräftet werden kann), nach Ansicht der Staatsregierung mit diesen Rechtsprechungsvorgaben vereinbar?
- 7.2 Welchen Rechtsänderungsbedarf sieht die Staatsregierung diesbezüglich gegebenenfalls (bitte so ausführlich wie möglich darlegen)?
- 7.3 Welche Rechtsprechungsvorgaben des BVerfG, des EuGH, des EGMR und der Verwaltungsgerichtsbarkeit müssen Ausländerbehörden, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Polizei bei der Anwendung der gesetzlichen Regelungen nach § 60a Abs. 2c und 2d sowie § 60 Abs. 7 AufenthG zwingend beachten, um eine verfassungs- und menschenrechtskonforme Anwendung dieser Vorschriften im Umgang mit (psychisch) kranken Menschen bei Abschiebungen und Überstellungen in der Praxis sicherzustellen (bitte ausführen)?

- 8.1 Gibt es nach Kenntnis der Staatsregierung Gerichtsentscheidungen, die der Begründung zur Einführung des § 60a Abs. 2c AufenthG entgegenstehen, wonach gutachterliche Stellungnahmen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten bei Abschiebungen grundsätzlich nicht zu beachten seien (vgl. BT-Drs. 18/7538, Begründung zu Art. 2 Nr. 2)?**
- 8.2 Wie ist nach Kenntnis der Staatsregierung die diesbezügliche Praxis der Ausländerbehörden, sprich: werden gutachterliche Stellungnahmen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten bei Abschiebungen/Überstellungen beachtet oder nicht (bitte auch die Auffassung der Staatsregierung ausführlich darlegen)?**
- 8.3 Wie sollte nach Auffassung der Staatsregierung mit nicht „unverzüglich“ vorgelegten ärztlichen Bescheinigungen umgegangen werden (vgl. § 60 Abs. 2d AufenthG; in der Begründung hierzu heißt es zur Pflicht der unverzüglichen Vorlage: „Tut er dies nicht, kann sich der Ausländer später grundsätzlich nicht auf die bescheinigte Erkrankung berufen.“) oder bei nicht unmittelbar nach Erhalt der Abschiebungsandrohung vorgelegten ärztlichen Bescheinigungen zu im Herkunftsland erlittenen traumatisierenden Erfahrungen (vgl. ebenso die Begründung zu § 60 Abs. 2d AufenthG)?**

Die Fragen 2.3 bis 8.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit steht zu Recht unter dem Schutz des Grundgesetzes. Gesundheitliche Gründe können daher einer Abschiebung grundsätzlich entgegenstehen. Zur Wahrung des Gesundheitsschutzes im Fall einer Abschiebung hat der Bundesgesetzgeber im Aufenthaltsgesetz umfassende Regelungen getroffen, die den grundgesetzlich vorgegebenen Rahmen weiter ausgestalten. Wenn eine geplante Abschiebung, wegen der mit der Überführung des Betroffenen in den Herkunftsstaat verbundenen gesundheitlichen Risiken eine zu große Gefahr für Leib oder Leben birgt, ist sie daher rechtlich unzulässig und damit – zumindest vorübergehend – unmöglich.

Gleichwohl wird – ebenfalls aufgrund gesetzgeberischer Entscheidung – gesetzlich vermutet, dass gesundheitliche Gründe einer Abschiebung nicht entgegenstehen und damit jeder Betroffene grundsätzlich reisefähig ist. Für die Entkräftung dieser Vermutung muss durch ärztliches Attest eine lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung glaubhaft gemacht werden, die sich durch die Abschiebung wesentlich verschlechtern würde. Erfolgt die geforderte Glaubhaftmachung, sind die an einer Abschiebung beteiligten Behörden hieran gebunden. Selbst wenn die Glaubhaftmachung nicht gelingt, bleiben die Behörden verpflichtet, während des Abschiebungsvorgangs Leben und Gesundheit des Ausländers zu schützen. Insbesondere kann, sofern erforderlich, eine ärztliche Begleitung angeordnet werden.

An der Vereinbarkeit von § 60 Abs. 7 sowie § 60a Abs. 2c, 2d Aufenthaltsgesetz (AufenthG) mit höherrangigem nationalem und internationalem Recht bestehen keine erkennbaren Zweifel. Insbesondere entspricht der Regelungsinhalt dieser Normen weitgehend schon vorheriger deutscher Rechtsprechung und steht im Einklang mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR)

und des Europäischen Gerichtshofs (EuGH; vgl. etwa Dollinger in Bergmann/Dienelt, 15. Aufl. 2025, AufenthG, § 60 Rn. 122).

Diese ausdifferenzierten gesetzlichen Regelungen sind selbstverständlich auch auf Fälle anwendbar, in denen sich Personen in stationärer Behandlung oder Pflege in einer Einrichtung des Gesundheitssystems befinden. Eine Regelungslücke, aus der sich nachteilige Folgen für die Betroffenen ergeben könnten, liegt daher nicht vor. Zwar stellt der Vollzug einer Abschiebung sowohl für das Personal als auch die Patientinnen und Patienten in einer Gesundheits- oder Pflegeeinrichtung keine alltägliche Situation dar. Dennoch besteht aus den genannten Gründen derzeit keine Notwendigkeit, dem Beispiel weniger anderer Bundesländer zu folgen und über die derzeit bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen hinaus regulatorisch tätig zu werden. Der Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit vor und während einer Abschiebungsmaßnahme ist bereits jetzt durch die bestehende Rechtsordnung gewährleistet.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.